

SDG 14: UNSER OZEAN, UNSERE ZUKUNFT

Miguel de Serpa Soares, Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberater der Vereinten Nationen

Unser Ozean befindet sich in einer Krise. Das steigende Meeresspiegel bedroht kleine Inselstaaten und in Küstennähe lebende Gemeinden. Die Übernutzung der Meere gefährdet die Existenzgrundlage derjenigen, die auf diese Ressourcen angewiesen sind; die marinen Ökosysteme einschließlich ihrer Biodiversität sind zunehmend durch Verschmutzung und Übersäuerung sowie den Klimawandel belastet. In den letzten Monaten haben wichtige wissenschaftliche Berichte der *Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES)* und des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* detailliert beschrieben, wie sich menschliches Handeln negativ auf die Gesundheit unserer Ozeane auswirkt. Doch die Konsequenzen beschränken sich nicht auf die Welt der Wissenschaft: Menschen auf der ganzen Welt sind täglich mit den Folgen konfrontiert, wenn die Küsten abgetragen werden, Arten aussterben oder Kunststoffabfälle an Land gelangen.

Die Verwirklichung des Ziels der nachhaltigen Entwicklung 14 ist entscheidend für den Schutz der Meeresumwelt. Es will die Intaktheit, Widerstandsfähigkeit und Produktivität unserer Meere sicherstellen und sieht den Schutz der tief gelegenen Küstengebiete und deren Lebensgrundlagen, insbesondere in kleinen Inselstaaten, vor. Als *Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten und Rechtsbe-*



Miguel de Serpa Soares (li.), Rechtsberater der Vereinten Nationen, Rena Lee (Singapur), Präsidentin der Konferenz, und Gabriele Goettsche-Wanli (re.), Direktorin der Abteilung für Ozeanangelegenheiten und Seerecht, Abteilung für Rechtsangelegenheiten der UN, bei einer BBNJ-Regierungskonferenz 2018 (Foto: UN Photo/Eskinder Debebe)

rater der Vereinten Nationen und als Vertreter des *Focal Point of UN-Oceans*, einer behördenübergreifenden Einrichtung zur Verbesserung der Koordinierung, Kohärenz und Wirksamkeit der UN-Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Meer und den Küstengebieten, bin ich eng in die Bemühungen der Vereinten Nationen eingebunden, den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Hierfür werden Initiativen im Bereich der Meerespolitik und -wissenschaft umgesetzt.

Meerespolitik

Im Zentrum der Meerespolitik steht das *Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (United Nations Convention on the Law of the Seas - UNCLOS)*. Das 1982 abgeschlossene Übereinkommen legt den rechtlichen Rahmen fest, in dem alle Tätigkeiten in den Ozeanen und Meeren durchgeführt werden müssen. Die Konvention, die als „Verfassung für die Ozeane“ gilt, und die dazugehörigen Durchführungsabkommen regeln die Aspekte, die für das Ziel 14 relevant sind. Diese reichen von der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen über den Schutz

und den Erhalt der Meeresumwelt bis hin zur meereswissenschaftlichen Forschung sowie der Entwicklung und dem Transfer von Meerestechnologien. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von rechtlichen und politischen Instrumenten, die Orientierungshilfen und Verpflichtungen darstellen, wie die *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*, die jährlichen *Beschlüsse der UN-Generalversammlung zu Ozeanen, Seerecht und zu nachhaltiger Fischerei* sowie schließlich den *SAMOA Pathway*, der sich mit den Prioritäten der kleinen Inselstaaten befasst. Weiterhin finden bei den Vereinten Nationen Verhandlungen über ein internationales rechtsverbindliches Instrument statt, die im Rahmen des *Übereinkommens über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der meeresbiologischen Vielfalt in Gebieten außerhalb der nationalen Zuständigkeit* stehen, sogenannte *BBNJ-Verhandlungen*. Das künftige Instrument wird für mehr als zwei Drittel der Meere gelten, die außerhalb staatlicher Gerichtsbarkeit liegen. Es befasst sich mit den marinen genetischen Ressourcen, einschließlich Fragen nach der Verteilung von Erträgen; Maßnahmen für gebietsbezogene Bewirtschaftung, auch von Meeresschutzgebieten; Umweltverträglichkeitsprüfungen; Kapazitätsaufbau sowie den Transfer von Meerestechnologien.

Ozeanwissenschaften

Eine effektive Meerespolitik ist nur möglich, wenn sie durch fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und Informationen gestützt wird. Das System der Vereinten Nationen beherbergt viele wissenschaftliche Initiativen von einzelnen Organisationen ebenso wie von kollaborativen Zusammenschlüssen, z. B. die *Gemeinsame Expertengruppe für die wissenschaftlichen Aspekte des Meeresschutzschutzes (GESAMP)*. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den Zeitraum von 2021 bis 2030 als *Dekade der Vereinten Nationen für Ozeanforschung und nachhaltige Entwicklung* ausgerufen. Die Dekade bietet die Gelegenheit, eine neue Stiftung

zu schaffen, die als Schnittstelle von Wissenschaft und Politik das Management unserer Ozeane und Küsten zum Wohle der Menschheit stärken soll. Sie strebt auch danach, das Wissen über die Meere durch globale Bildungsanstrengungen zu fördern. Darüber hinaus fungiert mein Büro als Sekretariat für den *Regelmäßigen Prozess der globalen Berichterstattung und Bewertung des Zustands der Meeresumwelt einschließlich sozioökonomischer Aspekte*. Der Prozess der globalen Berichterstattung, der nach dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 eingerichtet wurde, ist ein globaler Mechanismus, der regelmäßig den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustand der Weltmeere – den derzeitigen und voraussichtlichen – überprüft. Dessen erster Bericht, das *World Ocean Assessment*, wurde im Jahr 2015 veröffentlicht. Ein weiterer Berichtszyklus soll im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Dieser soll zum zweiten *World Ocean Assessment* führen, das Trends bewertet und Lücken in unserem Wissen über den Ozean identifiziert.

Ozean-Action

Regeln und Informationen sind eine Sache; diese in Taten umzuwandeln, ist eine ganz andere. Im Jahr 2017 organisierten die Vereinten Nationen ihre erste Ozeankonferenz zur Unterstützung der Umsetzung von Ziel 14, die von den Regierungen Fidschis und Schwedens gemeinsam veranstaltet wurde. Die Konferenz führte zur Annahme einer politischen Erklärung mit dem Titel „Unser Ozean, Unsere Zukunft: Call for Action“ sowie zur Registrierung von bisher 1.568 freiwilligen Verpflichtungen zur Umsetzung von Ziel 14 durch Regierungen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und andere Interessengruppen. Um neue freiwillige Verpflichtungen anzustoßen und die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren zu erleichtern, haben die Vereinten Nationen neun *Multi-Stakeholder-Communities of Ocean Action (COAs)* ins Leben gerufen, die jeweils einen eigenen

thematischen Schwerpunkt haben. Mein Büro fungiert als Anlaufstelle für die COAs bei der Umsetzung des Völkerrechts, wie sie sich im *UNCLOS* widerspiegelt, und arbeitet in dieser Hinsicht eng mit Peter Thomson, dem *Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für den Ozean*, zusammen. Im Juni 2020 werden die Vereinten Nationen auf ihrer zweiten Ozeankonferenz unter dem Motto „Scaling up ocean action based on science and innovation for the implementation of Goal 14: stocktaking, partnerships and solutions“ eine Bilanz dieser Bemühungen ziehen. Die Konferenz, für die ich als Sonderberater der Präsidenten in den Bereichen Ozeane und Recht fungiere, wird von den Regierungen Kenias und Portugals gemeinsam veranstaltet. Sie findet in Lissabon statt. Darüber hinaus begehnen die Vereinten Nationen jedes Jahr am 8. Juni den Welttag der Ozeane. Diese Veranstaltungen werden von meinem Büro ausgerichtet und konzentrieren sich in jüngster Zeit auf so wichtige Themen wie *Geschlecht und Ozean* sowie den Kampf gegen die Plastikverschmutzung.

Unser Ozean, unsere Zukunft

Wir brauchen den Ozean als Nahrungsquelle, als Einkommensquelle, als Lebensgrundlage. Der Ozean wiederum braucht uns, damit wir seine Ressourcen, Ökosysteme und Biodiversität erhalten und nachhaltig nutzbar machen. Das Nachhaltigkeitsziel 14 mit seinen Unterzielen und Indikatoren ist der Weg zu einem gesunden Meer für uns alle. Die Vereinten Nationen arbeiten hart an seiner Umsetzung, können dies aber nicht allein tun. Es braucht Befürworterinnen und Befürworter, die sich zu Ozeanfragen äußern, Pädagoginnen und Pädagogen, die das Wissen über Ozeane verbessern und politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die entschlossene Maßnahmen zum Schutz unseres Ozeans ergreifen. Letztendlich geht der Ozean uns alle an, so dass wir alle um sein Wohlergehen besorgt sein sollten.

AKTUELLES

Kultusministerkonferenz bekräftigt Einsatz für die „Agenda Bildung 2030“ und Erweiterung des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung für die gymnasiale Oberstufe

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 17. Oktober 2019 eine Erklärung zur „Agenda Bildung 2030“ verabschiedet. In der Erklärung unterstreicht die KMK die hohe Übereinstimmung zwischen der Bildungspolitik der Länder und den Bildungszielen der UN-Agenda 2030. Kernziele der Agenda seien Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Bildungsqualität sowie lebenslanges Lernen, die ebenfalls im Mittelpunkt intensiver bildungspolitischer Bestrebungen der Länder stünden. Der umfassende Bildungsbegriff, der der Agenda wie auch dem deutschen Bildungssystem zugrunde liegt, fördere eine freiheitlich-demokratische und nachhaltige Gesellschaft. Unter dem Dach der UNESCO soll ein internationaler Austausch stattfinden, der angesichts aktueller internationaler Spannungen Impulse für bildungs-

politische Maßnahmen geben soll. Die Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Maria Böhmer, begrüßte die Erklärung der KMK als essentiell für die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030. Hochwertige Bildung sei ein Schlüsselfaktor, um globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen.

Darüber hinaus beschloss die KMK gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Erweiterung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung auf die gymnasiale Oberstufe.

Info: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Taubenstraße 10, 10117 Berlin, Ansprechpartner: Torsten Heil, Tel. 030 25418462, [torsten.heil\[at\]kmk.org](mailto:torsten.heil[at]kmk.org), www.kmk.org

MATERIALIEN

Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte zum Neutralitätsgebot in der Bildung

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat im August 2019 eine Studie zum Neutralitätsgebot im Bildungsbereich veröffentlicht. Die Studie mit dem Titel „Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?“ untersucht die Vereinbarkeit des staatlichen Neutralitätsgebots mit einer Thematisierung rassistischer und rechtsextremer Parteiprogramme im Unterricht. Sie stellt fest, dass Grund- und Menschenrechte einen zentralen rechtlichen Maßstab für schulische und außerschulische Bildung bilden. Demzufolge müssen Lehrer/-innen und Akteur/-innen der außerschulischen Bildung rassistische und rechtsextreme Positionen kritisch thematisieren, wobei das Gebot der Kontroversität und das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates zu beachten sind. Aus diesen ließe sich jedoch nicht ableiten, dass von Parteien eingenommene rassistische Positionen als gleichberechtigte legitime politische Positionen darzustellen sind. Vielmehr stellen diese den Grundsatz der Menschenwürde und der Rechtsgleichheit aller Menschen in Frage. Am Beispiel der Partei „Alternative für Deutschland“ wird ausgeführt, wie rassistische und rechtsextreme Positionen im Rahmen politischer Bildung behandelt werden können. Die Publikation richtet sich an Entscheidungsträger/-innen in Ministerien und Behörden sowie an Gerichten und ist sowohl online als auch als Printversion erhältlich.

Info: Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin, Tel. 030 259359-0, [info\[at\]institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:info[at]institut-fuer-menschenrechte.de), www.institut-fuer-menschenrechte.de

Ökologie-Lehrbuch für Afghanistan

Zwei Wissenschaftler der Universitäten Bonn und Bielefeld haben ein Ökologie-Lehrbuch in der Landessprache Dari für Hochschulstudierende in Afghanistan publiziert. Der Geograf Dr. M. Daud Rafiqpoor, der seit 1980 an der Universität Bonn arbeitet, hat das Buch zusammen mit dem Ökologie-Professor Siegmund-W. Breckle von der Universität Bielefeld verfasst. Studierende und Hochschullehrende an der Universität Kabul sollen mit einem grundlegenden Werk zur Ökologie der Erde unterstützt werden. Die Herausgabe in der gebräuchlichsten Landessprache trägt dazu bei, dass sich Hochschullehrende und Studierende das Wissen einfacher aneignen können und sich das Buch als Lehrstoff etabliert. Die Universität Bonn hat eine lange Tradition in der akademischen Zusammenarbeit mit Afghanistan. Bereits zwischen 1960 und 1980 waren Bonner Professor/-innen federführend am Aufbau der Universität Kabul beteiligt. Umgekehrt kamen damals junge afghanische Wissenschaftler/-innen nach Bonn. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) förderte das Werk finanziell.

Info: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Hochschulkommunikation, Poppelsdorfer Allee 49, 53115 Bonn, Ansprechpartner: Dr. M. Daud Rafiqpoor, Tel. 0228 735285, [d.rafiqpoor\[at\]uni-bonn.de](mailto:d.rafiqpoor[at]uni-bonn.de), www.uni-bonn.de

ANGEBOTE

Ausstellung

„Das Meer, die letzte Kolonie?“

Die Erschließung der Meere schreitet kontinuierlich voran. Die 2017 von Fair Oceans konzipierte Wanderausstellung „Das Meer, die letzte Kolonie?“ nimmt die entwicklungspolitische Bedeutung der Meere in den Blick. Anhand der sechs Schwerpunktthemen Meeresgovernance, Küstenraum, Meeresschutz, Fischerei, Schifffahrt und Meeresressourcen informiert die Ausstellung über die engen und weitreichenden Verbindungen von Meeres- und Entwicklungspolitik. Gerade Länder des globalen Südens sind von den Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Entwicklung betroffen. Derzeit wird die Ausstellung aktualisiert. Sie ist ab Februar 2020 im Nationalparkhaus Watt-Welten auf Norderney zu sehen. Da die Ausstellung als Wanderausstellung konzipiert ist, kann sie angefordert und kostenfrei genutzt werden.

Info: Verein für Internationalismus und Kommunikation e. V., Bernhardstraße 12, 2803 Bremen, Ansprechpartnerin: Christiane Föllinger, Tel. 01520 1928866, [christiane.foellinger\[at\]fair-oceans.info](mailto:christiane.foellinger[at]fair-oceans.info), www.fair-oceans.info

AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

WELT/EUROPA

Bundestagspräsident Schäuble bezeichnet den Schutz des Ozeans als Menschheitsaufgabe

Am 6. September 2019 verabschiedeten die Parlamentspräsident/-innen der G7-Parlamentspräsidentenkonferenz eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich für den Schutz der Ozeane aussprachen. Die Präsident/-innen und Sprecher/-innen der sieben führenden Industriestaaten bekannten sich zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Umwelt- und Klimaherausforderungen und der Verantwortung der Parlamente. Neben Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nahmen Vertreter/-innen aus Frankreich, den USA, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada sowie dem europäischen Parlament an der Konferenz teil. Für Schäuble spiegelt die Erklärung die Bedeutung wider, die diesem Thema inzwischen in allen G7-Staaten beigemessen werde. Der Schutz der Ozeane sei eine

Menschheitsaufgabe, so Schäuble, die nur in internationaler Kooperation zu bewältigen sei, ohne jedoch die nationale Verantwortung zu vernachlässigen. Insbesondere seien auch die Forschungsleistungen auf diesem Gebiet zu würdigen.

Info: Deutscher Bundestag, Pressestelle, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22737171, [pressereferat\[at\]bundestag.de](mailto:pressereferat[at]bundestag.de), www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2019/656602-656602

BUND

Breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Lieferkettengesetz

Deutsche Unternehmen sollen gesetzlich zur weltweiten Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards verpflichtet werden. Das fordert ein breites Bündnis aus 64 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und Brot für die Welt. Die Initiative fordert die Bundesregierung dazu auf, ein Lieferkettengesetz in Deutschland bis 2020 einzuführen, das Unternehmen dazu verpflichtet, bei ihren Geschäften im In- und Ausland menschenrechtliche und ökologische Sorgfalt walten zu lassen. Eine Missachtung der Pflichten soll an klare Konsequenzen in Form von Bußgeldern oder dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen geknüpft sein. Zudem soll ein Beschwerdemechanismus für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen eingerichtet werden. Um wirksam zu sein, muss das Lieferkettengesetz die gesamte Lieferkette umfassen. Das Gesetz soll alle Unternehmen erfassen, die in Deutschland geschäftstätig sind und mindestens 250 Mitarbeiter/-innen beschäftigen sowie einen Jahresumsatz von mehr als 40 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von mehr als 20 Millionen Euro erwirtschaften. Eine Entscheidung über die Einführung eines Lieferkettengesetzes ist laut Koalitionsvertrag für 2020 geplant. In anderen europäischen Ländern gibt es bereits Gesetze zur Einhaltung der Menschenrechte im Auslandsgeschäft.

Infos: InitiativeLieferkettengesetz.de, Stresemannstr. 72, 10963 Berlin, Ansprechpartnerin: Johanna Kusch, Tel. 030 28883565, [info\[at\]lieferkettengesetz.de](mailto:info[at]lieferkettengesetz.de), www.lieferkettengesetz.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Hochschulen

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unterstützt die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Hochschulen und Unternehmen. Die Fördermaßnahme „Langfristiger Austausch in Wissenschaft und Gesellschaft in Afrika“ verfügt über einen Etat in Höhe von 250.000 Euro und zielt darauf ab, bestehende Partnerschaften auszubauen und neue Projekte zu verwirklichen. Für das Förderprogramm wurden sechs baden-württembergische Hochschulen ausgewählt. Zum Beispiel erarbeitet die Pädagogische Hochschule Weingarten zusammen mit der University of Namibia einen

Austausch über Lehr- und Lernkonzepte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Praxiselementen des Lehramtsstudiums sowie ethnischer und sprachlicher Heterogenität. „Afrika hat als Heimat exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch als Herkunftsregion leistungsstarker Studierender an Bedeutung für den Wissenschaftsbereich Baden-Württembergs gewonnen. Der Kontinent ist für die Internationalisierung unserer Hochschulen von wachsendem Interesse“, sagte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer am 10. Oktober 2019 in Stuttgart. Eine Verbindung zwischen Baden-Württemberg und Afrika besteht bereits durch die Namibia-Initiative, deren Ziel es ist, koloniale Kulturgüter an Namibia zurückzuführen.

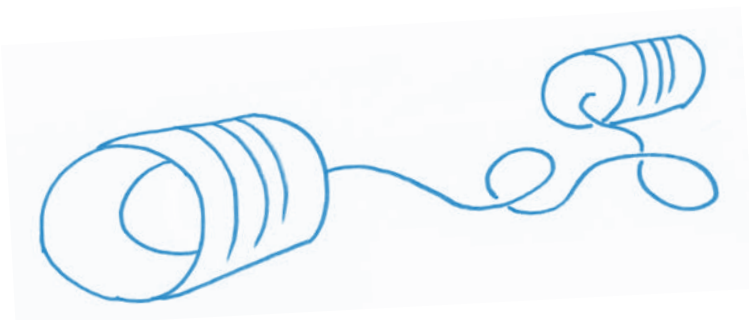
Info: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Königstraße 46, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 279-3009, [buengerreferentin\[at\]mwk.bwl.de](mailto:buengerreferentin[at]mwk.bwl.de), www.mwk.baden-wuerttemberg.de

BAYERN

Besuch der Partnerregionen in Südafrika

Der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, hat vom 27. bis 30. Oktober 2019 die südafrikanischen Partnerregionen Bayerns besucht. In seinen Partnerschaften setzt der Freistaat auf wirtschaftliche Entwicklung, schulische und berufliche Bildung sowie auf Wissenschaft und soziale Verantwortung. In der Provinz Westkap unterzeichnete der Staatsminister mit dem Premierminister von Westkap, Alan Winde, den Aktionsplan Bayern-Westkap für den Zeitraum 2019 bis 2021. Darüber hinaus traf sich Dr. Herrmann mit verschiedenen Minister/-innen und Expert/-innen Südafrikas, um über die wirtschaftliche und politische Situation des Landes sowie über Sicherheit und Wasserknappheit in Folge des Klimawandels zu sprechen. In Kapstadt, im Township Khayelitsha, eröffnete er zusammen mit Daniel Plato, dem Bürgermeister von Kapstadt, einen neuen Fußballplatz, der zusammen mit der Hans-Seidel-Stiftung finanziert wurde. Im Township Blikkiesdorp informierte sich Dr. Herrmann über das neue Aus- und Weiterbildungsprojekt „Bavarian House“ der HOPE Cape Town Stiftung. Zuletzt stand ein Besuch des Johannsburger Windturbinenwerk von Siemens und ein Treffen mit Vertreter/-innen bayerischer Unternehmen an.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Ansprechpartnerin: Carolin Mayr, Tel. 089 2165-2407, [presse\[at\]stk.bayern.de](mailto:presse[at]stk.bayern.de), www.bayern.de



BREMEN

Alternativer Nobelpreis für zwei Träger/-innen des Bremer Solidaritätspreises

Am 25. September 2019 wurde Aminatou Haidar aus der Westsahara und Davi Kopenawa Yanomami aus Brasilien der Alternative Nobelpreis zugesprochen. Haidar und Kopenawa Yanomami sind beide bereits Träger/-innen des Bremer Solidaritätspreises. Davi Kopenawa Yanomami hatte 1992 den 3. Bremer Solidaritätspreis als Interessensvertreter der indigenen Völker des Amazonas-Regenwaldes in Brasilien erhalten. Er ist Sprecher und Mitbegründer der Hutukara Associação Yanomami und engagiert sich seit Jahren für den Umweltschutz. Die Saharawi Aminatou Haidar setzt sich seit mehr als dreißig Jahren als Menschenrechtsaktivistin friedlich für die Unabhängigkeit der Westsahara ein. 2013 wurde ihr vom Senat der 13. Bremer Solidaritätspreis zuerkannt. Sie ist die Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CODESA (Collectif des défenseurs saharaoi de droit de l'homme). Der Bremer Solidaritätspreis wird seit 1988 alle zwei Jahre vom Bremer Senat an Personen und Gruppen verliehen, die sich in besonderer Weise für die Überwindung von Ungerechtigkeit im Nord-Süd-Verhältnis und der Folgen von Kolonialismus und Rassismus sowie für Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Info: Freie Hansestadt Bremen, Der Bevollmächtigte beim Bund - Entwicklungszusammenarbeit, Ansgaritorstraße 22, 28195 Bremen, Ansprechpartnerin: Silke Goethe, Tel. 0421 361-2987, [silke.goethe\[at\]jez.bremen.de](mailto:silke.goethe[at]jez.bremen.de), www.derbevollmaechtigte.bremen.de/detail.php?gsid=bremen32b.c.12220.de, www.rightlivelivelihoodaward.org

HAMBURG

UNESCO-Preis für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Am 15. Oktober 2019 wurde die Freie und Hansestadt Hamburg für ihr herausragendes Engagement im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit dem UNESCO-Preis für BNE (UNESCO-Japan Prize on Education for Sustainable Development) ausgezeichnet. Der Preis ist mit 50.000 US-Dollar dotiert und wird von der japanischen Regierung finanziert. Die Jury begründet die Entscheidung mit dem ganzheitlichen Ansatz der Stadt, der auf inklusives Lernen als Antwort auf die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels setzt und das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele vorantreibt. Die Preisverleihung

fand im Rahmen der UNESCO-Generalkonferenz in Paris statt. Aufgrund der Nähe zur Nordsee ist Hamburg unmittelbar von den Risiken durch den Klimawandel betroffen. Seit 2007 verfolgt die Stadt daher das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und verstärkt erneuerbare Energien einzusetzen. Der vom Senat in Auftrag gegebene „Hamburg BNE Masterplan 2030“ wurde gemeinsam von 139 Vertreter/-innen aus Hamburgs Verwaltung, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen entwickelt. Er sieht vor, die unterschiedlichen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung in allen Bildungsbereichen zu verankern und dadurch die Bildungspraxis zu transformieren.

Info: Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Naturschutz, Umweltbildung Hamburg, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Ansprechpartnerin: Andrea Olek, Tel. 040 42840-2182, [andrea.olek\[at\]bue.hamburg.de](mailto:andrea.olek[at]bue.hamburg.de), www.2030hamburg.de

HESSEN

HessenFonds unterstützt Geflüchtete bei Studium und wissenschaftlicher Karriere

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat am 23. Oktober 2019 gemeinsam mit dem World University Service (WUS) ein Vernetzungstreffen für alle Geförderten und Unterstützer/-innen des HessenFonds ausgerichtet. Auf Einladung der Wissenschaftsministerin Angela Dorn kamen mehr als 100 geflüchtete Studierende und Wissenschaftler/-innen zusammen, um sich untereinander und mit Vertreter/-innen der hessischen Hochschulen auszutauschen. Der HessenFonds fördert mittels Stipendien hochbegabte und leistungsstarke Geflüchtete bei der Fortführung ihrer wissenschaftlichen Karriere an einer staatlichen Hochschule in Hessen. Studierende erhalten 300 Euro und Promovierende 1.150 Euro pro Monat. Wissenschaftler/-innen erhalten Forschungsstipendien in Höhe

von 2.000 Euro monatlich, damit sie ihre Studien und Forschungen weiterführen und Kooperationen mit den hessischen Hochschulen aufbauen können. Für Ministerin Dorn erwächst die Verpflichtung zur Hilfe aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es sei selbstverständlich, dass Hessen die geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstütze, sagte die Ministerin anlässlich des Empfangs. Sie dankte den Hochschulen, die mit ihrer Willkommenskultur und ihren Angeboten einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Förderung leisteten. Bisher hat das Land Hessen 206 Personen unterstützt. Deren Studienfächer reichen von Architektur, Informatik und Sozialer Arbeit bis hin zu Zahnmedizin. Die nächste Ausschreibungsrunde beginnt im April 2020.

Info: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Pressestelle, Rheinstraße 23-25, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Volker Schmidt, Tel. 0611 3232-30, [pressestelle\[at\]hmwk.hessen.de](mailto:pressestelle[at]hmwk.hessen.de), www.wissenschaft.hessen.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Kontaktbüro für Fachkräfte in Vietnam eröffnet

Am 30. Oktober 2019 wurde von Wirtschaftsminister Harry Glawe gemeinsam mit Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Stefan Rudolph in Hanoi das Kontaktbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Fachkräfte und Investitionen eröffnet. Das vom Wirtschaftsministerium getragene Büro soll Anlaufpunkt für Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern sein, um Fachkräfte auf dem vietnamesischen, laotischen und kambodschanischen Markt zu gewinnen. Dabei dient das Büro der Fachkräfteausbildung sowie Fort- und Weiterbildung von vietnamesischen Staatsangehörigen für den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus sollen Unternehmen aus den südostasiatischen Staaten Informationen und Unterstützung für Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern erhalten. In Hanoi wurde zudem eine Absichtserklärung zur vertieften Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Provinz Ha Tinh unterzeichnet. Diese sieht u. a. die sprachliche Qualifizierung von Auszubildenden sowie die Beratung von vietnamesischen Gemeinden zur Umwandlung von Abfall in Energie und Gas vor. Im Sommer 2020 werden 50 vietnamesische Fachkräfte in Mecklenburg-Vorpommern erwartet, die neben einer Deutsch-Schulung an einer regulären Pflegeausbildung in Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen werden.

Info: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Johannes-Stelling-Straße 14, 19053 Schwerin, Ansprechpartner: Gunnar Bauer, Tel. 0385 588-5065, [presse\[at\]wm.mv-regierung.de](mailto:presse[at]wm.mv-regierung.de), www.regierung-mv.de

NIEDERSACHSEN

Förderung des Alfred-Wegener-Klimainstituts

Die niedersächsische Landesregierung unterstützt ab 2021 die Klimaforschung mit 1,3 Millionen Euro pro Jahr. Auf Beschluss der Landesregierung im August 2019 wird Niedersachsen dem Zuwander-



kreis des Alfred-Wegener-Instituts Helmholtzzentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) beitreten. Das 1980 gegründete Institut ist eine der wichtigsten Einrichtungen für Klimaforschung weltweit und Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren. Es ist als Zentrum für Polar- und Meeresforschung vor allem in den kalten und gemäßigten Regionen der Welt tätig. Die Finanzierung tragen bislang der Bund mit 90 Prozent und die Länder Bremen, Brandenburg und Schleswig-Holstein mit zusammen 10 Prozent. Ab 2021 steigt Niedersachsen als vierter Länderpartner in die Förderung ein. Der niedersächsische Wissenschaftsminister Björn Thümler sieht in der Forschung den Schlüssel zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Förderung des Instituts sei daher wesentlicher Bestandteil der niedersächsischen Maßnahmen zum Klimaschutz.

Info: Niedersächsische Staatskanzlei, Pressestelle, Planckstraße 2, 30169 Hannover, Tel. 0511 120-6946, [pressestelle\[at\]stk.niedersachsen.de](mailto:pressestelle[at]stk.niedersachsen.de), www.stk.niedersachsen.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vertiefung und Erneuerung der Partnerschaft mit Ghana

Der Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Mark Speich, hat vom 26. bis 28. August 2019 Ghana besucht. Die Reise folgte dem Ziel, die Kooperation zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen zu erneuern, die im Jahr 2007 von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers auf maßgebliche Initiative des damaligen Integrationsministers Armin Laschet begründet worden war. Der Staatssekretär sprach mit dem stellvertretenden Außenminister, Mohammad Tijani, sowie dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Ibrahim Awal, um die Verlängerung des 2021 auslaufenden Partnerschaftsabkommens anzustoßen. In seiner Presseerklärung formulierte Dr. Speich als Ziele der Partnerschaft, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gestärkt, die Wettbewerbsfähigkeit junger ghanaischer Unternehmen unterstützt und neue Projekte der Zivilgesellschaft zu nachhaltiger Entwicklung in Ghana gefördert würden. „Wir wollen uns auf das konzentrieren, was gerade ein Bundesland international leisten kann“, so der Staatssekretär. Deshalb setze Nordrhein-Westfalen auf einen Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungen. Gewünscht sei, diesen auch auf Kommunen auszudehnen.

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Stadttor 1, 40219 Düsseldorf, Ansprechpartnerin: Nicola Schwering, Tel. 0211 837-1487, [nicola.schwering\[at\]stk.nrw.de](mailto:nicola.schwering[at]stk.nrw.de), <https://mbem.nrw.de/einewelt>

RHEINLAND-PFALZ

RhineCleanUp und Clean River Project für die Sauberkeit von Flüssen

Am 14. September 2019 fand der zweite Aktionstag von „RhineCleanUp“ statt, bei dem freiwillige Helfer/-innen das Rheinufer entlang des Flusses von der Quelle bis zur Mündung säuberten. Der

Mainzer Oberbürgermeister, Michael Ebling, Schirmherr der Veranstaltung in der rheinland-pfälzischen Hauptstadt, beteiligte sich zusammen mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltdezernentin Katrin Eder an der Säuberungsaktion. Ziel der Aktion ist es, ein Zeichen gegen die Verschmutzung der Gewässer zu setzen und dadurch zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 beizutragen. Die Rhine CleanUp gGmbH ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für die Förderung des Umweltschutzes und -bewusstseins entlang des Rheins, seiner Nebenflüsse und anliegenden Städte einsetzt. Auch der Verein „Clean River Project“ widmet sich der Sauberkeit von Flüssen: Kinder und Jugendliche erhalten in den Angeboten des Vereins die Möglichkeit, sich mit der Plastikmüllverschmutzung von Flüssen und Meeren aktiv und künstlerisch auseinanderzusetzen. Die Teilnehmenden werden zunächst über die Verschmutzung der Gewässer aufgeklärt. Je nach Altersklasse und Jahreszeit findet anschließend eine Müllsammelaktion auf dem Wasser oder in Flussufernähe statt. Die erlebten Eindrücke und der gefundene Müll werden anschließend von den Kindern und Jugendlichen kreativ verarbeitet. Durch das aktive Naturerleben und die Erfahrung der Umweltverschmutzung soll das Bewusstsein für die weltweite Problematik geschärft und gemeinsam Handlungsalternativen entwickelt werden.

Info: RhineCleanUp gGmbH, Cheruskerstraße 44, 40545 Düsseldorf, Tel. 0172 8551373, [info\[at\]rhinecleanup.org](mailto:info[at]rhinecleanup.org), www.rhinecleanup.org; Clean River Project e. V., Am Moselufer 9, 56333 Winnigen, Ansprechpartnerin: Franziska Braunschädel, [info\[at\]cleanriverproject.de](mailto:info[at]cleanriverproject.de), www.cleanriverproject.de

SAARLAND

Schulen der Nachhaltigkeit

Ab dem Schuljahr 2019/20 haben saarländische Schulen die Möglichkeit zur „Schule der Nachhaltigkeit“ zu werden. Die Landesministerien für Bildung und Umwelt begleiten und unterstützen in Kooperation mit Projektpartnern Schulen, die sich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele widmen. Die Zertifizierung zur „Schule der Nachhaltigkeit“ richtet sich an alle Schularten und -träger. Eine Jury aus Fachleuten der beiden Ministerien und der Projektpartner bewertet den Zertifizierungsprozess. Im Fokus der Initiative steht insbesondere auch ein ganzheitlicher Schulentwicklungsansatz: BNE soll nicht als zusätzlicher Lernstoff, sondern grundlegend in den Strukturen der Schule und im Unterricht integriert wer-

den. Nachhaltige Entwicklung soll als Aufgabe der gesamten Schulgemeinschaft verstanden werden.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur, Referat B 5: Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, UNESCO-Schulen, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, [schuledernachhaltigkeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:schuledernachhaltigkeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/ministerium_bildung_kultur.htm

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erarbeitung einer Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung Schleswig-Holstein hat am 29. Oktober 2019 zu einem Workshop zur Erarbeitung einer Landesstrategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eingeladen. Es nahmen 80 Vertreter/-innen aus der Landesverwaltung und von zivilgesellschaftlichen Organisationen teil. Der Workshop hatte zum Ziel, die relevanten BNE-Akteur/-innen weiter zu vernetzen und eine gemeinsame Sondierung zu deren Position im BNE-Prozess zu ermöglichen. Gemeinsam sollten ein breites Meinungsbild ermittelt und notwendige Veränderungen in relevanten Handlungsfeldern definiert werden. Anschließend wurden zukünftige Schritte zu einer BNE-Strategie konkretisiert.

Info: Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Mercatorstraße 3, 24106 Kiel, Ansprechpartner: Dennis Scheffler, Tel. 0431 988-7326, [dennis.scheffler\[at\]melund.landsh.de](mailto:dennis.scheffler[at]melund.landsh.de), www.schleswig-holstein.de

THÜRINGEN

Fachtag „Faire Kommune“ unter dem Motto „FairNetzt!“

Am 1. Oktober 2019 fand der dritte Fachtag „Faire Kommune“ unter dem Motto „FairNetzt!“ in Nordhausen statt. Die Veranstaltung richtete sich an interessierte kommunale und zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, die den Fairen Handel in Thüringen und Sachsen-Anhalt stärken wollen. Fairer Handel ist essenziell für die Umsetzung der Agenda 2030. Als Referent sprach Professor Dr. Siegfried Balleis, Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie

ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Erlangen. Die Arbeitsgruppen am Nachmittag boten Möglichkeiten für den Austausch und die Entwicklung neuer Initiativen. Für den Fachtag kooperierten das Eine Welt Netzwerk Thüringen, die Fair-Handels-Beratung Thüringen/Weltladen-Dachverband, das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V. und das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen/Zukunftsfähiges Thüringen. Die Veranstaltung wurde von der Thüringer Staatskanzlei und dem Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz gefördert.

Info: Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V., Kochstr. 1a, 07745 Jena, Tel. 03641 2249950, Ansprechpartner: Tim Strähnz, [t.straehnz\[at\]ewnt.org](mailto:t.straehnz[at]ewnt.org), www.ewnt.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

REDAKTION

Cynthia Ahimah, Sita Buchberger, Dr. Ursula Grünenwald, Anne-Sophie Tramer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich), ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei. Bestellung per E-Mail an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator/-innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.wusgermany.de/de/globales-lernen/infostelle-bildungsauftrag-nord-sued/eine-welt-veranstaltungskalender